

**Niederschrift
über die 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.07.2021**

Sitzungsort/-zeit: Rathaus, Schloßfreiheit 12, Ratssaal
17:00 Uhr – 19:17 Uhr

Vorsitzender
Bürgermeister Andreas Dittmann

CDU-Fraktion
Wilfried Bustro
Jonas Döhring

FFZ-Fraktion
Regina Frens
Mario Rudolf

AfD-Fraktion
Dirk Tischmeier

Fraktion Die Linke.
Alfred Schildt

SPD-Fraktion
Günter Benke
Uwe Krüger

für Ph. Koch

FDP-Fraktion
Steffen Grey

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Bernd Wesenberg

UWZ-Fraktion
Nicole Ifferth

Von der Verwaltung :
Anja Behr
Kerstin Gudella
Evelyn Johannes
Astrid Klausnitzer
Philip Mähler
Antje Rohm
Sophie Strauß

Protokollantin
Christina Sempert

Nicht anwesend sind:

SPD-Fraktion

Philipp Koch

entschuldigt

UWZ-Fraktion

Dr. Beatrix Haake

entschuldigt

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister und Ausschussvorsitzende, Herr A. Dittmann, eröffnet die 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Mitglieder sind mit einer Anzahl von 11+1 vollzählig anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.
Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Einwohner tragen keine Anfragen vor. Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift der 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.06.2021

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses bestätigen die Niederschrift der 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.06.2021.

Ja 10+1 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Antrag SPD Fraktion - mobile und stationäre Blitzer AN/0007/2020

Die Diskussion eröffnet Stadtrat B. Wesenberg. Er vertritt die Meinung, dass die meisten Verkehrsteilnehmer keine vorsätzlichen Geschwindigkeitsüberschreitungen vornehmen. Eine positive verkehrserzieherische Wirkung kann mittels Anzeigetafeln erwirkt werden. Er spricht sich demzufolge für die Anschaffung der Geschwindigkeitsanzeigetafeln aus.

Stadträtin N. Ifferth befürwortet auch die Anzeigetafeln, insbesondere vor Kindertagesstätten und Schulen, fordert aber gleichwohl die Aufstellung von Blitzgeräten an der stark befahrenen Bundesstraße B 184. Aus eigener Erfahrung berichtet sie, dass es dort zu zahlreichen Geschwindigkeitsüberschreitungen kommt.

In Bezug auf die Unterhaltungs- und Wartungskosten hält Stadtrat A. Schildt Anzeigetafeln für die bessere Lösung. Er ist gegen die Aufstellung von Blitzgeräten.

Stadtrat D. Tischmeier ist der Meinung, dass die Verkehrsüberwachung in den Zuständigkeitsbereich der Polizei fällt. Seine Recherchen ergaben, dass einige Gemeinden Blitzgeräte bereits zurückbauten. Anzeigetafeln erzielen einen höheren verkehrserzieherischen Aspekt. Die AfD-Fraktion würde eine Anzeigetafel sponsern. Der Aufstellungsort sollte hierbei flexibel gewählt werden. Da die Anschaffung des Blitzgerätes ein finanzielles Defizit verursachen würde, lehnt die AfD-Fraktion diese Form ab.

Stadtrat D. Tischmeier verweist darauf, dass die Anzeigetafel nicht Bestandteil des Ursprungsantrages der SPD-Fraktion war und bittet deshalb um getrennte Abstimmung zwischen den Varianten der Anzeigetafel und dem Blitzgerät.

Die Absicht der SPD-Fraktion war es, eine Diskussion zu diesem Thema anzustoßen, so Stadtrat U. Krüger. Er bedankt sich für die umfangreiche Zuarbeit der Verwaltung. Inzwischen zeichnet sich die Anzeigetafel als gute Alternative zum Blitzgerät ab. Nach Abstimmung in der Fraktion, stellt Stadtrat U. Krüger eine Antragsänderung in Aussicht.

Stadtrat A. Schildt fordert die Erweiterung der Abstimmung zwischen Anzeigetafeln an der B 184, Anzeigetafeln vor Kindertagesstätten und dem mobilen Blitzgerät.

Mit der Änderung des SPD-Antrages entfällt die Errichtung von Blitzgeräten gänzlich, fügt der Bürgermeister, Herr A. Dittmann, ein. Eine weitere Abstimmung über die Standorte erübrigt sich ebenso, da es sich bei Geschwindigkeitsanzeigetafeln um mobile Systeme handelt, mit denen sogar Verkehrszählungen für andere Projekte durchgeführt werden können. Aufgrund Verkehrsführungsveränderungen wirbt der Bürgermeister, neben der Schwerpunktsetzung vor Schulen und Kindertagesstätten, für eine flexible Gestaltung bei der Standortauswahl.

Stadtrat M. Rudolf befürwortet die Anschaffung von Anzeigetafeln. In den Ortschaften wurden bereits Erfahrungen mit diesem System gesammelt und ein verkehrserzieherischer Aspekt war deutlich spürbar. Hinsichtlich sich verändernder Verkehrsschwerpunkte, stimmt er dem Bürgermeister zu. Die Standorte sollten flexibel wählbar sein.

Stadtrat B. Wesenberg wirbt abschließend noch einmal für die Anzeigetafeln. Er wünscht die Aufstellung an der B 184/Fuhrstraße. In diesem Bereich ist eine hohe Einwohnerzahl zu verzeichnen. Insbesondere befindet sich dort die größte Schule der Stadt.

Da in der Vergangenheit der Ortschaft Steutz die Aufstellung von Geschwindigkeitsanzeigetafeln entlang der Akener Straße/ B 814 nicht genehmigt wurde, erkundigt sich Stadträtin R. Frens nach den aktuellen Erfolgsaussichten.

Der Bürgermeister ist zuversichtlich, dass innerhalb der Ortschaft, nach Absprache mit der Landesstraßenbaubehörde, eine Genehmigung erteilt wird.

Die Amtsleiterin des Ordnungsamtes, Frau K. Gudella, fügt ein, dass die Straßenbaulastträger die Genehmigungen problemlos erteilen.

Im Ergebnis der Diskussion trägt der Bürgermeister abschließend zusammen:

- Die SPD-Fraktion wird den Antrag umwandeln. Der Vorschlag an den Stadtrat wird sich somit auf die "Einrichtung von Geschwindigkeitsmesseinrichtungen die der Verkehrserziehung dienen" beziehen.
- Es sollen 16 Messgeräte angeschafft werden.
- Die Standorte orientieren sich an den Kindertagesstätten und Schulen mit einer gebotenen Flexibilität.

- Es liegt eine einmalige Investition von ca. 31.000 Euro vor, die in der Haushaltsplanung aufgenommen wird.

Der Bürgermeister bittet die Mitglieder um Abstimmung sowie den Fraktionsvorsitzenden der SPD um die Einreichung des geänderten Antrages.

Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung einer entsprechenden Beschlussvorlage beauftragt.

Die Beschlussfassung soll in der Stadtratssitzung am 01.09.2021 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10+1 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 6 Antrag SPD-Fraktion - Laubentsorgung im Stadtgebiet AN/0008/2020

Den Dialog zur Laubentsorgung im Stadtgebiet beginnt die Ordnungsamtsleiterin Frau K. Gudella. Sie informiert die Anwesenden, dass die Straßenreinigungssatzung die Grundlage der Entsorgung bildet. Mit der Anhalt-Bitterfeld Kreiswerke GmbH wurden gemeinsam verschiedene Möglichkeiten erörtert, wobei anzumerken sei, dass bereits Laubsäcke von den Kreiswerken käuflich erworben werden können. Eine Laubsack kostet 0,92 €, vorausgesetzt der Haushalt verfügt über eine Anmeldung der Entsorgung der braunen Tonne.

Es steht nun die Überlegung im Raum, durch die Stadt Zerbst/Anhalt Laubsäcke zu beschaffen. Die Säcke sollen mit einem Aufdruck versehen und von den Kreiswerken entsorgen werden. Diese Variante wäre jedoch mit einem finanziellen Aufwand verbunden. Eine kostenfreie Alternative stellt die Erweiterung der Laubannahmeterminale im Ahornweg, zu Zeiten hohen Laubaufkommens, dar.

Frau K. Gudella richtet sich an die Ausschussmitglieder und möchte wissen, welche Variante in Betracht gezogen wird. Sie verweist hierbei noch einmal zusammenfassend auf den unumgänglichen Kostenfaktor, auf die sich schwierig gestaltende Auswahl der Straßenzüge, auf die Anzahl der bereitzustellenden Laubsäcke sowie die Handhabung in den Ortschaften.

Mit der Anwendung der Variante "Laubsäcke", macht der Bürgermeister deutlich, dass sich die Festlegung der Berechtigungskriterien äußerst schwierig gestalten wird. Die günstigste Lösung wäre die Schaffung zusätzlicher Annahmeterminale im Ahornweg an den Wochenenden.

Stadtrat U. Krüger bedankt sich für die Zuarbeiten und erkundigt sich, ob in Zusammenarbeit mit den Kreiswerken, die Angebotsstellen erweitert werden können, an denen die Laubsäcke für 0,92 € käuflich zu erwerben sind. Der zusätzliche Service würde den Bürgern entgegenkommen, denen das Erreichen des Ahornweges unmöglich ist.

Hinsichtlich der schwierigen Bewertungskriterien lehnt Stadtrat U. Krüger eine kostenlose Laubsackentsorgung auf städtische Kosten ab.

Stadträtin N. Ifferth begrüßt die Erweiterung der zusätzlichen Annahmeterminale, da bereits die Entsorgung mittels Bioabfallsäcke gegeben ist. Die Bürger sollten umfangreicher über die Möglichkeit informiert werden.

Ebenso kann bei den Kreiswerken eine zusätzliche braune Tonne geordert werden, deren Entsorgung jeweils mit 1,83 € berechnet wird, so Frau K. Gudella.

Der Bürgermeister unterbreitet den Vorschlag, die Laubsäcke im Servicecenter der Stadtwerke anbieten zu lassen.

Stadtrat A. Schildt macht darauf aufmerksam, dass der Antrag direkt darauf abstelle, eine Möglichkeit für die Bürger zu schaffen, die die Annahmestelle nicht erreichen können. Dem Personenkreis helfen die zusätzlichen Annahmeterminale hier nicht.

Da es sich um einen Prüfauftrag der SPD-Fraktion handelt, der nunmehr im zuständigen Haupt- und Finanzausschuss behandelt wurde, ist keine Beschlussfassung für den Stadtrat erforderlich.

Der Bürgermeister schlägt vor, die Annahmeterminale zu erweitern und auf Kommissionsbasis ca. 100 Laubsäcke bei den ABI KW zu beschaffen und im Servicecenter der Stadtwerke anzubieten.

Stadtrat M. Rudolf verweist auf den zu weiten Anfahrtsweg aus den Ortschaften zur Annahmestelle. Es gibt zahlreiche Ortschaften, in denen Anwohner die städtischen Grundstücke vom Laub befreien. Eine kostenpflichtige Entsorgung mittels Laubsäcke empfindet Stadtrat M. Rudolf hier als nicht gerechtfertigt.

Der Bürgermeister, Herr A. Dittmann, erläutert, dass bereits in einigen Ortschaften das Laub vom städtischen Bauhof mit einem Laubsauger aufgenommen wird.

Frau K. Gudella verweist auf den Unterschied der Laubentsorgungspflicht gemäß Straßenreinigungssatzung und der von den Bürgern übernommenen Grünflächenpflege städtischer Grundstücke in den Ortschaften. Für die Grünflächenpflege kann mit jeder Ortschaft individuell eine Festlegung zur Entsorgung getroffen werden.

Stadtrat D. Tischmeier plädiert für zusätzliche Annahmeterminale und begrüßt den Vorschlag, Laubsäcke an verschiedenen Stellen anzubieten. Eine kostenlose Bereitstellung für die Ortschaften lehnt Herr D. Tischmeier ab, da auch in der Kernstadt städtische Flächen von Anwohnern beräumt werden.

Folgende Festlegungen werden einstimmig getroffen:

- Es werden zusätzliche unentgeltliche Annahmeterminale am Ahornweg angeboten.
- Die Laubsäcke der ABI KW werden umfangreicher im Stadtgebiet angeboten.

Der Bürgermeister fasst zusammen, dass der Antrag somit abgeschlossen ist. Herr Krüger bestätigt das als Antragseinreicher.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Umbenennung der Reudener Straße im OT Reuden/Anhalt-Süd BV/0357/2021

Ohne Anfragen erfolgt die einstimmige Zustimmung zur Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Stadtrat.

Der Stadtrat der Stadt Zerbst/Anhalt beschließt die Umbenennung der „Reudener Straße“ im OT Reuden/Anhalt-Süd in „Reudener Landstraße“.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 2. Änderungssatzung zur Satzung des Kinder- und Jugendbeirates der Stadt Zerbst/Anhalt BV/0362/2021

Die Beschlussvorlage wird ohne Anfragen einstimmig an den Stadtrat weitergeleitet.

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderungssatzung der Satzung für den Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Zerbst/Anhalt.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Umwidmung der Jeverschen Straße 48 in Kultur- und Kreativräume - Schließung der Jugendeinrichtung "Jeversche Str." BV/0363/2021

Stadtrat U. Krüger erkundigt sich zur Anzahl der verfügbaren Räumlichkeiten und nach den voraussichtlichen monatlichen Nutzungsgebühren.

Die Sachgebietsleiterin Frau A. Klausnitzer antwortet, dass 3 einzelne Räume von 18-26 m² sowie Gemeinschaftsräume zur Verfügung stehen und kostendeckend mit 3,58 €/m² berechnet werden müssten. Eine genaue Festlegung muss noch erfolgen.

Stadtrat U. Krüger bringt zum Ausdruck, dass ein entsprechendes Nutzungskonzept idealerweise vor der Umwidmung vorliegen sollte. Aufzubringende Mietkosten in Höhe von ca. 300 € für z. B. Jugendbands kann er nicht befürworten.

Stadtrat St. Grey erkundigt sich, für welchen Zeitraum die Räume vermietet werden sollen und wie die Verwaltungskosten umgelegt werden. Zur Mietkostenhöhe teilt er die Meinung von Stadtrat U. Krüger.

Um z.B. den Jugendbands Planungssicherheit zu verschaffen, ist eine Vermietungsdauer für mindestens 1 Jahr erforderlich und demzufolge würde auch der Verwaltungsaufwand gering ausfallen, beantwortet der Bürgermeister die Anfrage von Stadtrat St. Grey.

Um die Räumlichkeiten zu erhalten, fügt die zuständige Amtsleiterin, Frau A. Rohm, ein, geht es vorerst um den Vorschlag der Umwidmung. Eine genaue Betrachtung der Kosten sowie der Nutzungsvereinbarungen soll anschließend erfolgen.

Stadträtin N. Ifferth berichtet zu den Diskussionen aus dem Sozialausschuss. Sie trägt vor, dass mit der Umwidmung eine Kompromisslösung geschaffen werden soll. Da aufgrund fehlender Fachkräfte keine Nachbesetzung der mehrmals ausgeschriebenen Stelle für den Jugendclub geworben werden konnte, will man so die endgültige Schließung der Räumlichkeiten verhindern und kulturelle Begegnungen weiterhin ermöglichen.

Stadtrat B. Wesenberg bringt den Vorschlag, die eingesparten Kosten aus der unbesetzten Stelle den hohen Mietkosten/Betriebskosten entgegenzusetzen.

Der Bürgermeister weist eindringlich daraufhin, dass die 2. Stelle in der Stadtjugendpflege weiterhin Bestandteil des Stellenplans bleibt und besetzt werden soll.

Stadtrat A. Schildt erinnert an die Erarbeitung einer Nutzungsgebührenordnung und schlägt einen Aufruf über die Presse vor, mit dem das Mietinteresse erkundet werden kann.

Stadtrat U. Krüger lässt sich vom Bürgermeister und von der Amtsleiterin Frau A. Rohm bestätigen, dass die bisherigen Nutzer die Räumlichkeiten weiterhin kostenfrei nutzen können, bis ein entsprechendes Konzept vorliegt.

Um die Jugend finanziell unterstützen zu können, stellt sich für Stadtrat G. Benke nun die Frage, ob es sinnvoll wäre, die im Anschluss der Tagesordnung folgenden Beschlüsse über die Aufhebung der Förderrichtlinien zurückzustellen.

Da der Fokus hier bei der Umwidmung liegt, wird die Anfrage zum nächsten Tagesordnungspunkt aufgegriffen, so der Bürgermeister.

Stadtrat St. Grey verweist auf eine Änderung des Beschlusstextes. Unter Punkt 2 soll das Wort "für" durch das Wort "als" ersetzt werden. Der Bürgermeister übernimmt den Vorschlag.

Der Haupt- und Finanzausschuss einigt sich auf Folgendes:

- Der Beschlusstext wird korrigiert.
- Es wird in Zusammenarbeit der Fachämter mit dem Sozialausschuss ein Nutzungskonzept erarbeitet.
- Die Nutzung der Räume bleibt bis zum Vorliegen eines Konzeptes kostenfrei.

Die Mitglieder stimmen der Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Stadtrat einstimmig zu.

1. Der Stadtrat beschließt die Schließung der Jugendeinrichtung „Jeversche Str. 48“ zum 31. Juli 2021.
2. Der Stadtrat beschließt, das städtische Objekt in der Jeverschen Straße 48 für Kultur- und Kreativräume zu vermieten.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Aufhebung der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuschüssen an Vereine im Bereich Kultur, Denkmalpflege, Freizeit und Heimatpflege in der Stadt Zerbst - Kulturförderrichtlinie – BV/0364/2021

Seit dem sich die Stadt Zerbst/Anhalt in der Konsolidierung befindet, informiert der Bürgermeister, Herr A. Dittmann, einfühend, bestand keine finanzielle Möglichkeit mehr die Förderrichtlinien anzuwenden. In Bezug auf die Anfrage von Stadtrat G. Benke zur Förderung der Nutzung von Räumlichkeiten, verweist Herr A. Dittmann auf die Nutzungsmöglichkeiten der Bürgerhäuser und Kulturräumen im gesamten Stadtgebiet, die in Einzelregelungen bereits unentgeltlich teils gegen ein Entgelt genutzt werden können.

Für Vereine, die eine kulturelle Förderung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld anstreben, ist ein Ablehnungsbescheid der Stadt Zerbst/Anhalt Grundvoraussetzung. Mit dem Wegfall der Richtlinien würde sich somit die Antragstellung vereinfachen und sich gleichzeitig der Verwaltungsaufwand verringern.

Ohne Anfragen wird der Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Stadtrat zugestimmt.

Der Stadtrat hebt die Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuschüssen an Vereine im Bereich Kultur, Denkmalpflege, Freizeit und Heimatpflege in der Stadt Zerbst - Kulturförderrichtlinie – aus dem Jahr 2001, zum 31. Juli 2021 auf.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 11 Aufhebung der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuschüssen an Vereine, Verbände und Jugendgruppen durch die Stadt Zerbst BV/0369/2021

Ohne Anfragen wird der Weiterleitung der Beschlussvorlage zugestimmt.

Der Stadtrat beschließt die Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuschüssen an Vereine, Verbände und Jugendgruppen durch die Stadt Zerbst - Jugendförderrichtlinie – ab dem 31. Juli 2021 außer Kraft zu setzen.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 12 Bewilligung einer überplanmäßigen Aufwendung BV/0370/2021

Stadtrat A. Schildt erkundigt sich, woher die Deckung bezogen wird.

Die Amtsleiterin E. Johannes beantwortet, dass die Deckung durch Mehrerträge bei den Gewerbesteuern erfolgt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die überplanmäßige Aufwendung in Höhe von 29.733,62 €.

Ja 11+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 13 Mitteilungen

Der Bürgermeister, Herr A. Dittmann, teilt mit, dass die befristete Feststellung der pandemischen Lage im Land Sachsen-Anhalt am 21.07.2021 endet.

In Bezug auf die aktuelle Hochwasserlage in Deutschland informiert Herr A. Dittmann, wie fälschlicherweise in den Ortswehren bereits angenommen, dass bislang keine Abforderung von Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr durch den Fachdienst für Hochwassereinsatz erfolgte.

TOP 14 Anfragen, Anträge und Anregungen

Anfragen werden nicht vorgetragen.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 18:14 Uhr.

Andreas Dittmann
Bürgermeister
und Vorsitzender des Ausschusses

Christina Sempert
Schriftführer/in

Im Original unterschrieben.